



BAYERISCHER LANDTAG

GUDRUN BRENDEL-FISCHER, MDL
STV. CSU-FRAKTIONSVORSITZENDE

Abgeordnete Gudrun Brendel-Fischer · Tannenbach 5 · 95500 Heinersreuth

Maximilianeum.
81627 München
Telefon 089 4126-2576
089 4126-2279
Telefax 089 4126-1138

Bürgerbüro:
Eduard-Bayerlein-Str. 5
95445 Bayreuth
Telefon 0921 76430-26
Telefax 0921 76430-27
g.brendel-fischer@t-online.de
www.brendel-fischer.de

23. Juni 2016

Gudrun Brendel-Fischer und Kerstin Schreyer-Stäblein: Flüchtlinge über Verbot von Genitalverstümmelung aufklären – Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion im Landtag

„Genitalverstümmelungen an Mädchen und jungen Frauen dürfen mit dem Flüchtlings- und Migrationsstrom nicht in unser Land sickern“, mahnen die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag Gudrun Brendel-Fischer und Kerstin Schreyer-Stäblein. Nach Angaben der Hilfsorganisation „Terre des Femmes“ werden in Deutschland immer mehr Frauen und Mädchen Opfer von Genitalverstümmelung.

„Es ist barbarbarisch, dass in unserer aufgeklärten Zeit tausende Mädchen und junge Frauen für den Rest ihres Lebens unter unsagbaren Qualen verstümmelt werden. Die Bundesregierung muss verhindern, dass so etwas in Deutschland geschieht“, fordert Brendel-Fischer. Laut dem Bericht gibt es derzeit über 48.000 von Genitalverstümmelung betroffene Frauen und mehr als 9.000 gefährdete Mädchen in Deutschland.

Schreyer-Stäblein denkt dabei auch an junge Frauen und Mädchen in Bayern: „Vor allem vor dem Hintergrund der vielen Flüchtlinge, die zu uns kommen, ist eine präventive Aufklärung unerlässlich. Eltern von gefährdeten Kindern müssen darüber informiert werden, dass es sich hierbei um eine schwere Menschenrechtsverletzung handelt, die in Deutschland als Verbrechen geahndet wird.“

Die CSU-Fraktion wird daher kommende Woche einen Dringlichkeitsantrag in den Bayerischen Landtag einbringen. „Wir fordern auf Bundesebene einen besseren Schutz der betroffenen Frauen und Mädchen“, so die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. „Außerdem müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit erfolgte Genitalverstümmelungen häufiger zur Anzeige gebracht werden und die Täter bestraft werden können. Wir sind uns sicher, dass bei diesem hoch brisanten Thema alle Fraktionen im Landtag an einem Strang ziehen.“